ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Nierhaus, Wolfgang

Article

Deutschlandprognose 2006: Aufschwung ist da

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2006) : Deutschlandprognose 2006: Aufschwung ist da, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 13, Iss. 1, pp. 27-33

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169775

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Deutschlandprognose 2006: Aufschwung ist da[1]

*zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus**

Überblick

Die Weltwirtschaft hat nach dem Rekordjahr 2004 auch im vergangenen Jahr mit einer Wachstumsrate von 4,3 % überdurchschnittlich expandiert. Trotz historisch hoher Rohölnotierungen liegt der ifo Index für das Weltwirtschaftsklima (WES) über dem langjährigen Durchschnitt; zuletzt ist der Indikator sogar leicht gestiegen. In diesem Jahr dürfte die Weltwirtschaft mit unverändert hoher Dynamik kräftig weiter wachsen.

In den **USA** hat die gesamtwirtschaftliche Produktion im Verlauf des vergangenen Jahres zügig expandiert. Obwohl die Fed den Leitzins (Federal Funds Rate) seit Juni 2004 schrittweise auf 4,50 % angehoben hat, sind die monetären Rahmenbedingungen aber immer noch nicht als restriktiv anzusehen. In **Japan** hat die Konjunktur seit den Sommermonaten etwas an Schwung verloren. Die Binnennachfrage expandierte im dritten Quartal 2005 merklich; der Exportüberschuss blieb nahezu konstant. In der **Europäischen Währungsunion** (EWU) hat sich die Konjunktur dagegen im Verlauf des Jahres 2005 spürbar beschleunigt. Haupttriebfeder war die Auslandsnachfrage, befördert durch die letztjährige leichte Abwertung des Euro. Aber auch die Investitionen zogen zuletzt deutlich an. Das Preisklima hat sich im Jahr 2005 ölpreisgetrieben etwas verschlechtert, auf der Verbraucherstufe betrug die Inflationsrate im Durchschnitt 2,2 %.

In **Deutschland** ist die Konjunktur einen Schritt vorangekommen, nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamts expandierte das reale BIP im Jahresdurchschnitt 2005 um 0,9 %. Nach Ausschaltung der unterschiedlichen Zahl von Arbeitstagen war das Tempo mit 1,1 % genauso hoch wie im Jahr 2004.[2]

Die realen Exporte erhöhten sich mit 6,2 % stärker als die Importe (+5,0 %); die daraus resultierende Zunahme des Außenbeitrags führte zu einem Wachstumsbeitrag in Höhe von 0,7 Prozentpunkten. Die inländische Verwendung trug dagegen nur wenig zum Wirtschaftswachstum bei (+0,2 Prozentpunkte). Der private Konsum stagnierte lediglich, die staatlichen Konsumausgaben gingen sogar um 0,4 % zurück. Auch die Bruttoanlageinvestitionen waren trotz höherer Investitionen in Maschinen (+4,0 %) leicht rückläufig (–0,3 %), da in Bauten deutlich weniger investiert wurde als im Vorjahr (–3,6 %).

Auf dem Arbeitsmarkt blieb die Lage trostlos. Die Zahl der Erwerbstätigen war nach revidierten Berechnungen des Statistischen Bundesamts im Jahresdurchschnitt 2005 rückläufig (–0,3 %). Die Zahl der Arbeitslosen, die Anfang 2005 aufgrund der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Rahmen der Hartz-IV-Reform dem Ursprungswert nach auf über 5 Mill. gestiegen war, ist seither primär aufgrund von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wieder etwas gesunken. Im Jahresdurchschnitt 2005 belief sie sich auf 4,863 Mill.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich im abgelaufenen Jahr beschleunigt; im Jahresdurchschnitt 2005 belief sich die Inflationsrate auf 2,0 %. Maßgeblich dafür waren die ölpreisbedingte starke Verteuerung von Energieträgern und die abermalige Erhöhung der Tabaksteuer.

Ausblick

Weltwirtschaft: Konjunkturelle Dynamik setzt sich fort

Die Weltwirtschaft wird im Jahr 2006 lebhaft expandieren. Die Produktion dürfte um etwa 4,5 % zulegen, befördert von einer Stabilisierung der Rohölpreise bei etwa 60 US-Dollar je Barrel. Die Geldpolitik wird an ihrem leicht expansiven Kurs festhalten. Die monetären Rahmenbedingungen bleiben damit trotz moderat höherer langfristiger Zinsen stimulierend.

Die Expansion der Weltwirtschaft wird dabei an Breite gewinnen. In den Vereinigten Staaten wird das Bruttoinlandsprodukt leicht verlangsamt steigen. Vor allem der Konsum dürfte abflachen, da die Zinsen auf Kredite für private Haushalte zunehmen und der Anstieg der Immobilienpreise allmählich nachlässt. In Japan wird das Bruttoinlandsprodukt weiter steigen; in China dürfte die konjunkturelle Dynamik nahezu unverändert kräftig bleiben. Im Euroraum wird sich die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts beschleunigen. Der Konsum dürfte sich trotz einer verhaltenen Zunahme der real verfügbaren Einkommen etwas erholen. Die Investitionen werden sich bei steigenden Unternehmensgewinnen lebhaft entwickeln. Die bisher dämpfenden Effekte der hohen Ölpreise laufen nach und nach aus. Die Teuerungsrate wird moderat bleiben; die Löhne dürften sich ebenfalls mäßig entwickeln. Die Arbeitslosenquote wird langsam sinken (vgl. Tab. 1).

Die vorliegende Prognose ist jedoch mit einigen Risiken behaftet: Ein neuerlicher anhaltend kräftiger Anstieg des Ölpreises – auch infolge möglicher spekulativer

* *Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.*

Übertreibungen – würde weltweit dämpfend wirken. Zudem dürfte die Geldpolitik durch einen restriktiven Kurs bremsen, falls die Inflation infolge der Energieverteuerung nachhaltig anziehen würde. Noch stärker wird die monetäre Dämpfung ausfallen, sollten die Löhne aufgrund der höheren Inflation beschleunigt zunehmen.

Deutschland: Gesamtwirtschaftlicher Auslastungsgrad steigt

Die deutsche Wirtschaft ist am Jahresanfang 2006 im konjunkturellen Aufschwung. Zugpferd ist die Auslandsnachfrage, die im vergangenen Jahr aufgrund der dynamischen Weltkonjunktur und des wieder günstigeren Euro-Dollar-Kurses eine enorme Schubkraft entfaltet hat. Auch der Investitionsmotor ist nach etlichen Fehlzündungen endlich angesprungen. Allerdings kam der private Konsum bisher immer noch nicht auf die Beine.

In diesem Jahr bleiben die Perspektiven für die deutsche Wirtschaft gut. Die Exporte werden angesichts des weiter günstigen internationalen Umfelds die weiterhin wichtigste Stütze der Konjunktur sein. Die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen dürften nicht zuletzt aufgrund der verbesserten Abschreibungsbedingungen merklich expandieren, die Bauinvestitionen werden nicht mehr weiter rückläufig sein. Auch der private Konsum wird sich etwas beleben, in der zweiten Jahreshälfte 2006 gestützt durch das Vorziehen von Käufen aufgrund der avisierten Mehrwertsteueranhebung 2007. Im Jahresdurchschnitt 2006 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7 % steigen, unter Berücksichtigung der abermals geringeren Arbeitstagezahl kalenderbereinigt sogar um 1,9 %. Da das Trendwachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion derzeit bei 1 % liegt, wird der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad spürbar zunehmen. Bei alledem wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nur zögernd bessern, im Winter wird die

Tabelle 1: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten in den westlichen Industrieländern

	Gewicht	BIP			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
	(BIP)	Veränderungen gg. dem Vorjahr in %						in %		
	in %	2004	2005	2006	2004	2005	2006	2004	2005	2006
Industrieländer										
EU 25	41,7	2,4	1,6	2,2	2,0	2,1	2,1	9,0	8,7	8,5
Schweiz	1,2	2,1	1,2	1,7	0,8	1,2	0,8	4,4	4,2	4,0
Norwegen	0,8	2,9	3,8	2,8	0,4	1,9	2,1	4,4	4,3	4,1
West- und Mitteleuropa	43,6	2,4	1,6	2,2	1,9	2,1	2,1	8,8	8,5	8,3
USA	38,0	4,2	3,6	3,4	2,7	3,2	3,0	5,5	5,1	4,9
Japan	15,1	2,7	2,3	2,4	0,0	–0,4	0,2	4,7	4,4	4,1
Kanada	3,2	2,9	3,0	3,1	1,8	2,3	2,3	7,2	6,8	6,6
Industrieländer insg.	**100,0**	**3,1**	**2,5**	**2,7**	**1,9**	**2,1**	**2,1**	**6,9**	**6,5**	**6,3**

Summe der aufgeführten Ländergruppen, gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2004 in US–Dollar.

Quellen: OECD, IMF, ILO, Berechnungen des ifo Instituts; 2005 und 2006: Prognose des ifo Instituts.

Arbeitslosenzahl voraussichtlich erneut die 5-Millionen-Marke überschreiten. Die Inflationsrate dürfte mit 1,7 % etwas niedriger sein als in diesem Jahr (2,0 %; vgl. Tab. 2).

Box: Annahmen der Prognose

- Der Welthandel steigt in diesem Jahr in einer Größenordnung von 7 %.
- Der Ölpreis (Brent) beträgt im Jahresdurchschnitt 2006 rund 60 US-Dollar pro Barrel, nach etwa 55 Dollar im vergangenen Jahr.
- Der Wechselkurs des Euro liegt im Jahresdurchschnitt 2006 bei 1,20 Dollar je Euro, im Jahr 2005 hatte er sich auf 1,24 belaufen.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) hebt die Leitzinsen in den Sommermonaten 2006 um einen weiteren Viertelprozentpunkt an. Die Kapitalmarktzinsen ziehen im Laufe des Prognosezeitraums wieder etwas an.
- Die Tariflöhne in Deutschland erhöhen sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt auf Stundenbasis im Jahr 2006 um $1^1/_2$ %, nach 1 % im abgelaufenen Jahr.
- Die Finanzpolitik setzt die im Koalitionsvertrag verabschiedeten Maßnahmen um.

Unverminderte Exportdynamik

Die Exporte sind trotz der etwas schwächeren Weltkonjunktur im vergangenen Jahr mit 6,2 % sehr kräftig gestiegen. Die deutschen Exporteure profitierten von der lebhaften Auslandsnachfrage vor allem aus Ländern außerhalb des Euroraums. Insbesondere die erdölexportierenden Länder gaben ihre Petrodollars für deutsche Investitionsgüter aus. Für das laufende Jahr wird mit einer weiter kräftigen Exportdynamik (+7,4 %) gerechnet, zumal der Euroraum konjunkturell an Fahrt gewinnt und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sich weiter leicht verbessern wird.

Die Einfuhr entwickelte sich im Jahr 2005 entsprechend der Ausfuhr. Bei unverminderter Exportdynamik und einer stärkeren Investitionstätigkeit im laufenden Jahr wird die Nachfrage nach ausländischen Gütern merklich zunehmen; im Jahresdurchschnitt dürfte sie um 6,0 % steigen.

Die Exportpreise haben im Jahr 2005 zum ersten Mal seit 2001 wieder zugenommen (0,6 %). Auch in diesem Jahr werden Preisanpassungen nach oben in begrenztem Rahmen möglich sein; hier wird mit einem moderaten Ausfuhrpreisanstieg von 0,9 % gerechnet. Die Einfuhrpreise dürften 2006 aufgrund der vergangenen starken Ölverteuerung um 3,2 % über Vorjahresniveau liegen. Damit werden sich die Terms of Trade im Jahresdurchschnitt um 2,3 % verschlechtern.

Verstärktes Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen haben im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Den Unternehmen ist es gelungen, durch den Abbau von Überkapazitäten und Kosteneinsparungen vor allem im Personalbereich ihre Gewinnmargen wieder zu erhöhen und damit die Basis für eine zyklische Erholung zu legen. Die Erfahrung zeigt, dass ein beginnender Investitionsaufschwung zunehmend eine selbst tragende Investitionsdynamik entfalten kann, wenn die während der Konsolidierungsphase zurückgestellten Ersatz- und Modernisierungsmaßnahmen in Angriff genommen werden. Für das laufende Jahr ist deshalb mit einem verstärkt wachsenden Investitionsvolumen zu rechnen. Einen zusätzlichen Schub könnten auch die von der Bundesregierung geplanten fiskalischen Maßnahmen auslösen. Zu diesen zählt die Erhöhung des degressiven Abschreibungssatzes auf industrielle Anlagen von 20 % auf 30 % von 2006 bis 2007. Insgesamt ist im Jahresdurchschnitt 2006 mit einem realen Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen um 6 % zu rechnen.

Baunachfrage stabilisiert sich

Die Bauinvestitionen haben sich nach dem kräftigen Einbruch im ersten Quartal 2005 wieder deutlich erholt. Aufgrund des negativen Überhangs lagen sie im Jahresdurchschnitt 2005 aber immer noch um 3,6 % unter dem Vorjahresniveau. Der Abwärtstrend der Bauinvestitionen scheint nunmehr jedoch beendet zu sein. Beim **Wohnungsbau** sorgen die dämpfenden Effekte infolge der Arbeitsplatzunsicherheiten und der schwachen Entwicklung der Realeinkommen zwar nach wie vor für eine negative Grundstimmung. Die durch die Diskussion um die Abschaffung der Eigenheimzulage ausgelöste zusätzliche Nachfrage dürfte aber noch nicht abgearbeitet sein und im laufenden Jahr zu einer Stabilisierung der Wohnungsbautätigkeit führen. Die für 2007 angekündigte Mehrwertsteuererhöhung wird zudem manchen Hauseigentümer veranlassen, Renovierungsvorhaben auf dieses Jahr vorzuziehen. Beim **Wirtschaftsbau** ist dagegen noch keine durchgreifende Besserung eingetreten. Die moderate konjunkturelle Erholung sowie

Tabelle 2: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2003	2004	2005	2006[h]
	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr[a]			
Private Konsumausgaben	0,1	0,6	0,0	0,3
Konsumausgaben des Staates	0,1	–1,6	–0,4	–0,3
Bruttoanlageinvestitionen	–0,8	–0,2	–0,3	2,9
Ausrüstungen	–0,2	2,6	4,0	6,0
Bauten	–1,6	–2,3	–3,6	0,6
Sonstige Anlagen	3,3	1,8	1,8	3,7
Inländische Verwendung	0,6	0,6	0,2	0,8
Exporte	2,4	9,3	6,2	7,4
Importe	5,1	7,0	5,0	6,0
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	–0,2	1,6	0,9	1,7
Erwerbstätige[b] (1000 Personen)	38.700	38.900	38.800	39.000
Arbeitslose (1000 Personen)	4.377	4.381	4.861	4.675
Verbraucherpreise[c]				
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,1	1,6	2,0	1,7
Finanzierungssaldo des Staates[d]				
- in Mrd. EUR	–86,6	–81,2	–78,0	–73,8
- in % des Bruttoinlandsprodukts	–4,0	–3,7	–3,5	–3,2
Erlaubter Finanzierungssaldo (in Mrd. Euro)[e]	–64,9	–66,5	–67,3	–68,5
nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum[f]				
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,7	2,1	1,4	2,0
Verbraucherpreisindex im Euroraum[g]				
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	2,1	2,2	1,9

a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Verbraucherpreisindex (VPI). – d) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – e) Nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. – f) Angaben für 2005: Schätzung des ifo Instituts. – g) HVPI-EWU (1996= 100). – h) Prognose des ifo Instituts.

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

die hohen Kapazitätsüberhänge im Bereich der Büroimmobilien führten noch nicht zu einer Umkehr des Abwärtstrends. Für dieses Jahr deuten die allmähliche Stabilisierung der Mietpreise bei gewerblichen Immobilien sowie der Anstieg der Baugenehmigungen für Handels- und Lagergebäude darauf hin, dass der Abwärtstrend im Wirtschaftsbau zum Stillstand kommen könnte. Die **öffentlichen Bauinvestitionen** sind im Jahr 2005 wegen der angespannten Haushaltssituation nochmals deutlich gesunken. Im laufenden Jahr dürften die Kommunen – Hauptträger der öffentlichen Bauinvestitionen – infolge zunehmender Gewerbesteuereinnahmen und finanzieller Entlastung durch die Hartz-IV-Gesetze allerdings wieder verstärkt Bauvorhaben in Angriff nehmen. Darüber hinaus dürften die steigenden Einnahmen des Bundes aus der LKW-Maut, die überwiegend in die Verkehrsinfrastruktur fließen sollen, die öffentliche Investitionstätigkeit etwas beleben. Alles in allem dürften die Bauinvestitionen nach einem Rückgang in Höhe von 3,6 % in diesem Jahr um 0,6 % verhalten zunehmen.

Keine durchgreifende Besserung beim privaten Konsum

Der private Konsum hat das vierte Jahr in Folge enttäuscht; im Jahresdurchschnitt 2005 stagnierte er lediglich auf Vorjahresniveau. Zwar war zu Jahresanfang die dritte und letzte Entlastungsstufe der Steuerreform 2000 in Kraft getreten. Allerdings erhöhte sich die Belastung mit Sozialabgaben. Für Kinderlose wurde in der Pflegeversicherung der Beitragssatz um 0,25 Prozentpunkte angehoben. Zudem wurde für Arbeitnehmer zur Senkung der Lohnnebenkosten zur Jahresmitte ein einheitlicher zusätzlicher Beitragssatz in Höhe von 0,9 % in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) eingeführt. Da zeitgleich der durchschnittliche Beitragssatz in der GKV in dieser Höhe zurückgenommen wurde, ergab sich für die Arbeitnehmer per Saldo eine Mehrbelastung in Höhe von 0,45 Prozentpunkten. Auch sind die Verbraucherpreise aufgrund der starken Verteuerung von Energieträgern kräftig gestiegen: Alles in allem sind die real verfügbaren Arbeitseinkommen der privaten Haushalte brutto wie netto merklich gesunken. Angesichts der unsicheren Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven erhöhte sich die Sparquote leicht.

Im Jahr 2006 dürften die Bruttolöhne und -gehälter bei leicht steigendem Arbeitsvolumen voraussichtlich wieder zunehmen (+1,2 %), nachdem sie 2005 um 0,3 % gesunken sind. Die Nettobezüge werden wegen der wieder voll greifenden Steuerprogression etwas schwächer zunehmen (0,8 %). Die monetären Sozialleistungen dürften sogar um 0,3 % sinken. Die gesetzlichen Altersbezüge werden zum dritten Mal in Folge nicht angehoben; durch die weiter rückläufige Zahl an Arbeitslosengeld-I-Empfängern werden zudem die Leistungen der Bundesagentur für Arbeit an die privaten Haushalte zurückgehen. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen um 1,7 % steigen, real gerechnet stagnieren sie allerdings. Die hohe Sparquote dürfte in der zweiten Jahreshälfte 2006 etwas sinken; die zum 1. Januar 2007 geplante Mehrwertsteueranhebung um 3 Prozentpunkte (beim Normalsatz) dürfte die vorzeitige Anschaffung von langlebigen Gebrauchsgütern befördern. Insgesamt wird hier mit einer Zunahme des realen privaten Konsums um 0,3 % gerechnet.

Nachlassender Preisauftrieb

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich im Jahr 2005 merklich beschleunigt. Maßgeblich hierfür waren kräftig anziehende Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe im Gefolge des Höhenflugs der Rohölnotierungen. Hinzu kamen administrativ verfügte Preiserhöhungen. So wurde im Januar die Kfz-Steuer für wenig schadstoffarme Fahrzeuge angehoben und im September trat die dritte Stufe der Tabaksteuererhöhung zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung in Kraft. Mitte Dezember verteuerten sich die Bahntarife. Im Jahresdurchschnitt 2005 belief sich die Inflationsrate gegenüber 2004 auf 2,0 %. Die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des ifo Instituts der Einfluss der Preisentwicklung von Energieträgern, Gütern mit administrierten Preisen und saisonabhängigen Nahrungsmitteln herausgerechnet ist, betrug dagegen nur 0,8 %.[3]

Der Preisauftrieb wird sich im laufenden Jahr allmählich wieder abschwächen. Die an die Ölpreisentwicklung mit zeitlicher Verzögerung gekoppelten Gaspreise und die Umlagen für die Fernwärme werden zwar noch weiter steigen. Zudem sind Preiserhöhungen für Strom avisiert worden. Auch geht das teurer gewordene Öl sukzessive als Vorleistung in die heimische Produktion ein. Aufgrund der hohen Wettbewerbsintensität im Einzelhandel dürften aber die Überwälzungsmöglichkeiten auf der Verbraucherstufe gering bleiben. Aus diesem Grund wird hier nicht damit gerechnet, dass es im Vorfeld der Mehrwertsteueranhebung 2007 in größerem Umfang zu vorweggenommenen Preiserhöhungen kommt. Im Jahresdurchschnitt 2006 zeichnet sich wegen des recht hohen Preisüberhangs in Höhe von 0,9 % eine Inflationsrate um $1^3/_4$ % ab.

Bessere Konjunktur löst Arbeitsmarktprobleme nicht

Die konjunkturelle Erholung hat den Arbeitsmarkt noch längst nicht erfasst. So ist die Zahl der Erwerbstätigen im Inland, nach einer Zunahme im Jahr 2004, im Jahresdurchschnitt 2005 wieder um 121.000 gesunken. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem der nach wie vor anhaltende – wenn auch verlangsamte – Abbau voll sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und die verstärkte Rückführung der klassischen arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumente wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) oder Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM). Zugleich nahm – nach kräftigem Anstieg in den Jahren 2003 und 2004 – auch die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten (Minijobs) ab.

Im laufenden Jahr dürfte der Abbau der geförderten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung jedoch nicht mehr mit derselben Geschwindigkeit voran gehen wie noch zuletzt. Die Zahl der Selbstständigen wird angesichts der verbesserten Konjunktur steigen; insgesamt dürfte die Gesamtzahl der Erwerbstätigen leicht zunehmen. Alles in allem bleibt die Entwicklung der Erwerbstätigkeit aber von den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik geprägt. Gleichwohl ist eine vorsichtige konjunkturelle Aufhellung erkennbar. Die strukturellen Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt wirken weiterhin als Bremsklotz, so dass die günstigere Wirtschaftsentwicklung nicht zu einer nachhaltigen Besserung auf dem Arbeitsmarkt führt. So dürfte im Jahr 2006 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten immer noch um 1 Mill. niedriger als im Durchschnitt der letzten 10 Jahre sein.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist immer noch stark gekennzeichnet von den Arbeitsmarktreformen Hartz IV, die zu Beginn des Jahres 2005 in Kraft getreten sind. So war die Arbeitslosenzahl aufgrund der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in den ersten Monaten sehr stark gestiegen; im weiteren Jahresverlauf ist sie dann stärker gesunken, als es unter rein konjunkturellem Blickwinkel der Fall gewesen wäre. Zwei Faktoren haben dabei die Statistik maßgeblich beeinflusst. Zum einen wurden vermehrt 1-Euro-Jobs geschaffen, was die Arbeitslosenzahlen kräftig minderte. Zum anderen wurden erst ab September ehemalige Sozialhilfeempfänger, die sich bei einer so genannten „optierenden Kommune“ arbeitslos gemeldet haben, in der Statistik offiziell miterfasst. Alles in allem belief sich im Jahresdurchschnitt 2005 die amtliche Zahl der Arbeitslosen auf 4,861 Mill., nach 4,381 im Jahr 2004.

Im laufenden Jahr wird die Arbeitslosenzahl weiter sinken, zunächst befördert durch die Schaffung weiterer Zusatzjobs. Dieser Effekt kommt jedoch in der Mitte des Jahres zum Stillstand, danach dürfte die konjunkturelle Besserung greifen. Im Jahresdurchschnitt 2006 könnte die Arbeitslosigkeit bei rund 4,67 Mill. liegen.

Weiterhin angespannte Finanzlage der öffentlichen Haushalte

Die Finanzlage der öffentlichen Haushalte hat sich im Jahr 2005 nicht wesentlich entspannt. Zum vierten Mal in Folge ist das Maastricht-Defizitkriterium verletzt worden. Die gegenüber 2004 leicht gesunken Defizitquote betrug 3,5 %.

Eine nachhaltige Besserung der Finanzlage ist auch in diesem Jahr nicht zu erwarten: Die Bundesregierung hat sich erst für das Jahr 2007 das Ziel gesetzt, das 3 %-Defizitkriterium des Maastricht-Vertrags einzuhalten. Im Jahr 2006 soll die Wirtschaft „angekurbelt“ werden, damit 2007 bei einem erhofften selbsttragenden Aufschwung das Defizitkriterium ohne Abwürgen des Wirtschaftswachstums eingehalten werden kann. Daher wird es im laufenden Jahr zu finanziellen Mehrbelastungen des Staatshaushalts durch expansive Maßnahmen (wie die Ausweitung der seit Jahren rückläufigen öffentlichen Investitionen) kommen, während die meisten Einsparungen und Abgabenerhöhungen erst ab 2007 wirksam werden. Auch die Maßnahmen des „Gesetzes zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung“ (insbesondere die aus der erweiterten steuerlichen Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen resultierenden Kosten sowie die verbesserten Abschreibungsregeln) werden sich erst im Rahmen der steuerlichen Veranlagung, also frühestens 2007, auswirken.

Bei den Staatseinnahmen schlagen 2006 insbesondere der Anstieg der Steuereinnahmen und der starke Zuwachs der empfangenen Vermögenseinkommen zu Buche. Letzterer resultiert aus einem höheren Bundesbankgewinn, der ein Volumen von 2,5 Mrd. Euro erreichen wird. Die Sozialbeiträge werden dagegen nur sehr schwach zunehmen, obwohl erstmals seit 2001 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wieder steigen dürfte. Allerdings spart der Staat bei den Rentenversicherungsbeiträgen für Arbeitslosengeld-II-Empfänger etwa 1,5 Mrd. Euro.

Die Staatsausgaben dürften 2006 nahezu auf Vorjahresniveau verharren. Maßgeblich hierfür ist die rückläufige Beschäftigung im öffentlichen Dienst, die die Personalausgaben weiter sinken lässt. Zudem plant die neue Bundesregierung für das kommende Jahr bei der öffentlichen Verwaltung Einsparungen von knapp 1 Mrd. Euro, die zur Hälfte aus der Halbierung des Weihnachtsgeldes für Bundesbeamte und Beamte des Bundeseisenbahnvermögens resultieren sollen. Der Restbetrag soll durch

Sparmaßnahmen bei den Sachkosten der öffentlichen Verwaltung erzielt werden. Dies hat zur Folge, dass die Vorleistungen im Jahr 2006 kaum ansteigen. Leicht sinken werden auch die staatlichen Transferzahlungen. So werden für Empfänger von Arbeitslosengeld II die Rentenversicherungsbeiträge gekürzt. Die Renten werden erneut nicht angehoben und die Aufwendungen der Arbeitslosenversicherung werden abermals zurückgehen. Alles in allem dürfte sich die Defizitquote im Jahr 2006 auf 3,2 % belaufen, das Defizitkriterium wird erneut verletzt.

Eine nachhaltige Konsolidierung des Staatshaushaltes ist derzeit noch nicht sichtbar, da die Lösung fundamentaler Probleme der sozialen Sicherung in die Zukunft verschoben wurde und bei der Haushaltskonsolidierung primär auf Steuer- und Abgabenerhöhungen gesetzt wird, was sich sogar kontraproduktiv auswirken kann. Darüber hinaus sind die bisher geplanten Einsparungen halbherzig. Problematisch ist auch das Verschieben einer Unternehmenssteuerreform auf das Jahr 2008, ohne dass wenigstens die bereits im Rahmen des Jobgipfels vereinbarten Maßnahmen zur Stärkung des Standortes Deutschland (insbesondere die Senkung des Körperschaftsteuersatzes) zeitnah umgesetzt würden. Lediglich eine Reform des Erbschaftsteuerrechts scheint schon für 2006 geplant. Damit ist bei der Finanzpolitik immer noch nicht der erforderliche klare Kurs erkennbar.

[1] *Überarbeitete und gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose von Dezember 2005, vgl. G. Flaig, W. Nierhaus, A. Dehne, A. Gebauer, S. Henzel, O. Hülsewig, E. Langmantel, W. Meister, M. Ruschinski und T. Wollmershäuser, ifo Konjunkturprognose 2006: Deutsche Wirtschaft im Aufschwung, in: ifo Schnelldienst, 24/2005, S. 14–53.*

[2] *Nach dem in Deutschland üblicherweise verwendeten Verfahren zur Zeitreihenanalyse (Census X-12-ARIMA) geht von der geringeren Zahl von Arbeitstagen im Jahr 2005 im Vergleich zu 2004 ein negativer Impuls auf das reale BIP von 0,2 Prozentpunkten aus. Bei den einzelnen Verwendungsaggregaten des realen BIP kann der Kalendereinfluss numerisch größer (Investitionen, Außenhandel) oder auch kleiner sein (privater und öffentlicher Konsum).*

[3] *Die Preise von Energieträgern und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus*